

«Amherd hat Süssli im Regen stehen lassen»

- 18.02.2024
- SonntagsZeitung
- Adrian Schmid

Der Armeechef steht wegen seiner Kommunikation in der Kritik. Politiker fürchten, das Verhältnis zur Bundesrätin könnte nachhaltig gestört sein. Und dem Budget trauen sie immer noch nicht. Adrian Schmid Bereits fragen sich erste Politiker hinter vorgehaltener Hand, ob die Tage von Thomas Süssli als Chef der Schweizer Armee gezählt sind.

Denn noch selten wurde ein Kadermann in aller Öffentlichkeit so heftig zurückgepiffen. Noch vor zwei Wochen beklagte der Armeechef finanzielle Schwierigkeiten, er kündigte das Aus von grossen Flugshows an, sprach von einem «Liquiditätsengpass» und warnte sogar vor einem Verlust des Heeres. Mittlerweile soll aber alles ganz anders sein. Weder Bundesrätin Viola Amherd noch die Finanzkommission wollten diese Woche das Finanzloch bestätigen. SP-Nationalrätin Sarah Wyss, Präsidentin der Finanzkommission, sagte am Freitag nach einer Information durch das Verteidigungsdepartement, die schriftlichen wie auch mündlichen Aussagen seien «nicht korrekt» gewesen.

Finanzpolitisch sei alles in Ordnung. Für Süssli ist das eine regelrechte Desavouierung. Eine SMS mit lauter Fragezeichen «Ich habe den Eindruck, Amherd hat Süssli zuerst in den Sturm geschickt und jetzt im Regen stehen lassen», sagt SVP-Nationalrat Thomas Hurter. Wenn dem wirklich so sei, werde das Vertrauensverhältnis nachhaltig gestört. Bei Süssli zweifelt er jedoch nicht am Korpsgeist.

«Er ist zu 100 Prozent loyal gegenüber seiner Vorgesetzten, wie es bei Armeeangehörigen üblich ist.» Während die Finanzkommission keinen Handlungsbedarf mehr sieht, bleiben die Sicherheitspolitiker im Parlament beunruhigt. «Ich bin total verwirrt», sagt SVP-Nationalrat Mauro Tuena. Er habe Sarah Wyss nach ihrem Auftritt am Freitag eine SMS geschickt - unter anderem mit lauter Fragezeichen. Tuena gibt zu Bedenken, dass Süssli ein ehemaliger Banker ist.

«Mit Zahlen sollte er gut umgehen können. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Süssli einfach Quatsch erzählt hat.» Am Montag werden Amherd und Süssli der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats Red und Antwort stehen. Gemäss Tuena müssen sie sich «darauf einstellen, dass wir harte und präzise Fragen stellen werden». Braucht es eine GPK-Untersuchung? Auch SP-Ständerätin Franziska Roth traut der Situation nicht.

«Aus meiner Sicht braucht es nach wie vor eine GPK-Untersuchung», sagt sie. Die Armeespitze könne nicht in Zeiten, in denen in der Ukraine und in Gaza Krieg herrsche, das Land in Aufruhr versetzen und am Ende sei alles bloss ein Kommunikationschaos. Roth räumt zwar ein, dass aus finanzrechtlicher Sicht alles in Ordnung sein möge. «Die Armee schiebt jedoch eine Bugwelle an Verpflichtungskrediten in einem historisch nie da gewesenen Ausmass vor sich her», sagt sie. Das Mengengerüst und die Fähigkeitsplanung seien überrissen und fern davon, ausfinanziert zu sein.

«Da braucht es Abstriche.» Auch FDP-Ständerat Josef Dittli will nicht zur Tagesordnung übergehen. «Das Chaos der letzten Tage zeigt, dass es eine enge Begleitung durch das Parlament braucht», sagt er. Die Erhöhung des Armeebudgets und die Modernisierung seien aufgrund der Verteilungskämpfe eine schwierige Angelegenheit. «Weitere Ausrutscher liegen nicht mehr drin.

» Zudem hat das VBS schon im letzten August in einem Bericht ans Parlament vor dem gewarnt, was jüngst für Aufsehen gesorgt hat. Im Dokument wurden gleich mehrere Gründe genannt, die sich negativ auf die Finanzperspektiven der Armee auswirkten: das langsamere Wachstum der Verteidigungsausgaben, das der Bundesrat beschlossen hatte. Die Einsparungen, die beim Bund zur Einhaltung der Schuldenbremse gemacht werden müssen. Und die hohen Zahlungen in den

nächsten Jahren aufgrund der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Die Alarmsignale wurden überhört. Dies alles könne zur Folge haben, dass «eingegangene Verpflichtungen gestützt auf bewilligte Rüstungsprogramme nicht eingehalten werden können», steht im Bericht.

Ebenso war die Rede von einem «möglichen Liquiditätsengpass», Verschieben von Zahlungsmeilensteinen und im Extremfall von Prioritätensetzungen und «Verzögerungen in der Fähigkeitsentwicklung der Armee». Dieser Bericht, der diese Woche von SRF publik gemacht wurde und der Sonntagszeitung ebenfalls vorliegt, war zumindest einem Teil der National- und Ständeräte bekannt, als sie im Dezember über das Budget 2024 und das Tempo des Ausgabenwachstums der Armee debattierten. Damals wurden die Alarmsignale noch überhört..